

1. September 2015



Andreas Hohegger Willi Goldenits Klaus Kroboth Alois Lehrner

Keine Machtspiele auf dem Rücken von uns

Polizisten!!!!

Die **FCG KdEO Burgenland** protestiert auf das Schärfste gegen nebenstehende Ankündigung des bgld. Landeshauptmannstellvertreters, weitere „Grenzkontrollen“ zu den ohnehin schon durchzuführenden Schwerpunktaktionen, anzuordnen.

Es stellt sich nicht nur die Frage, wer diese durchführen soll.....

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben bereits ihre Belastungsgrenze erreicht—und zum Teil schon überschritten. „Postenaufgaben“ können nur mehr „nebenbei“ erledigt werden.

FBM Mikl-Leitner hat sich vor Ort von der dramatischen Situation überzeugt und die Zuteilungen aus anderen Bundesländern angeordnet, um unsere Polizistinnen und Polizisten, zu unterstützen.

Danke auch unserem Hrn Landespolizeidirektor für seine klare Positionierung!

Die jetzige Anordnung des LHStv stellt einen Schlag ins Gesicht dar, den wir als Polizeigewerkschaft mit allen zur Verfügung stehenden Kräften bekämpfen werden.

Mit kollegialen Grüßen:

Andreas Hohegger

Willi Goldenits Klaus Kroboth Alois Lehrner

APA0290 5 CI 0547 IV/AI Siehe APA0085/01.09 Di, 01. Sep 2015

Asyl/Migration/Kriminalität und Justiz/Burgenland

Flüchtlingsdrama auf A 4 - Tschürtz ordnet weitere Kontrollen an

Utl.: Verkehrssicherheitskontrollen im grenznahen Bereich - Will damit Staus vor Grenzen umgehen und Schlepperkriminalität bekämpfen - Polizeichef Doskozil: "Können dem nicht nachkommen" =

Nickelsdorf/Neusiedl am See/Eisenstadt (APA) - Nach dem Start der Schwerpunktaktion gegen Schlepper am Sonntag als Folge des Flüchtlingsdramas auf der A4 im Burgenland hat Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz (FPO) am Dienstag weitere Kontrollen angekündigt. Er habe Verkehrssicherheitskontrollen im grenznahen Bereich angeordnet, erklärte er vor Journalisten. Die Polizei kann dem aber nicht nachkommen, wie es auf APA-Nachfrage hieß.

Bereits vor rund einem Monat hatte Tschürtz "indirekte Grenzkontrollen" angeordnet und scheiterte mit seiner Ansage. "Leider musste erst diese fürchterliche Tragödie passieren, damit ein Umdenker stattgefunden hat", meinte er bei einer Pressekonferenz im Hinblick auf das Drama und die nun gefolgte Schwerpunktaktion. Schlepperkriminalität sei kein harmloses Delikt, sondern dieser sei mit aller Härte zu begegnen sei. Außerdem seien Schlepper "ja Menschenhändler und Mörder auf Raten".

"Als Mitglied der Landesregierung bin ich für 130 Beamte der Landesverkehrsabteilung zuständig. Und ich habe auch die Möglichkeit, den Bezirkshauptmannschaften Anordnungen im Rahmen der Verkehrssicherheit zu geben. Und ich habe die Möglichkeit, Anordnungen der Polizei zu geben. Dies ist in der Straßenverkehrsordnung auch so geregelt. Ich habe daher die Anordnung gegeben, dass nicht nur in Nickelsdorf sondern im gesamten Burgenland an den Grenzübergängen, sprich im grenznahen Raum Grenzkontrollen abgehalten werden", sagte Tschürtz.

Das Ausmaß wie oft und wo die Landesverkehrsabteilung diese Kontrollen durchführen solle, entscheide die Polizei selbst. Diese Kontrollen seien aber im selben Ausmaß wie etwa Schwerpunktaktionen im Kampf gegen Alkohol durchzuführen und seien künftig monatlich von der Landespolizeidirektion auszuführen. Außerdem müsse laut Tschürtz monatlich ein Bericht darüber folgen, damit dies evaluiert werden könne.

Bei der Polizei sieht man dafür allerdings derzeit keine Möglichkeit: "Es herrscht derzeit eine schwierige Situation. Es sind Hunderte Aufgriffe im Bezirk Neusiedl am See zu verzeichnen. Man hat die Kontrolle an neun Punkten im grenznahen Bereich im Burgenland bereits verstärkt. Die Beamten der Landesverkehrsabteilung sind hier bereits im Einsatz mit Verstärkung von Polizeibeamten aus Wien, aus der Steiermark und aus Kärnten. Im Interesse der Kollegen sind derzeit darüber hinaus an andere Örtlichkeiten keine weiteren Kontrollen geplant", sagte Landespolizeidirektor Hans Peter Doskozil auf APA-Anfrage.

"Ich hätte mir gewünscht, dass der Landeshauptmannstellvertreter eine solche Anordnung vorher mit der Landespolizeidirektion abspricht. Dieser Anordnung kann derzeit nicht nachgekommen werden", erklärte er.

**Gemeinsam
Zukunft
gestalten**